

Der »Jahrhundertplan«

US-amerikanisch-israelische (Wahlkampf-) Party im Weißen Haus

Donald Trump hat am Dienstag in Washington den lang angekündigten »Jahrhundertplan für einen Frieden in Nahost« vorgestellt. Der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas sprach von einer »Ohrfeige des Jahrhunderts«. In den besetzten palästinensischen Gebieten und im Gazastreifen kam es zu wütenden Protesten.

Der Plan, der wesentlich von Trump-Schwiegersohn Jared Kushner ausgearbeitet wurde, könnte für die Palästinenser »die letzte Möglichkeit sein«, Frieden mit Israel zu schließen, sagte Trump in Anwesenheit des noch amtierenden israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Palästinenser waren nicht eingeladen.

Beide Präsidenten konnten mit der Jubelveranstaltung von innenpolitischen Problemen ablenken und machten Wahlkampf. Gegen Trump läuft derzeit ein Amtsenthebungsverfahren, Ende des Jahres wird in den USA gewählt. Gegen Netanjahu läuft in Israel ein Korruptionsverfahren. Bei den für März angesetzten Neuwahlen könnte sein Gegenspieler Benny Gantz gewinnen. Trump hatte daher beide israelische Politiker schon am Montag im Weißen Haus empfangen, um ihnen den »Jahrhundertplan« vorzustellen.

Der Nahostkorrespondent der britischen BBC Jeremy Bowen schrieb, daß die Atmosphäre während der Pressekonferenz am Dienstag zeitweise an eine Party erinnere. Trump und Netanjahu hätten sich wiederholt gegenseitig auf die Schultern geklopft, das neben akkreditierten Journalisten sonst noch anwesende Publikum aus dem Gefolge der beiden Politiker habe applaudiert und gejubelt.

Trump vergaß nicht, seine guten Taten für Israel aufzuzählen und bezeichnete Israel als »blühendes Zentrum für Demokratie« und »ein Licht für die ganze Welt«. Netanjahu reanchierte sich indem er Trump als »besten Freund« bezeichnete, den Israel je im Weißen Haus gehabt habe. Den Plan Trumps für Israel verglich Netanjahu mit der Anerkennung Israels durch USA-Präsident Harry Truman am 14. Mai 1948.

Ein Frieden, der jeden Frieden erledigt

Tatsächlich erinnert der Trump-Kushner-Plan in Form und Inhalt eher an die Aufteilung, die nach dem ersten Weltkrieg bei der Pariser Friedenskonferenz (1919/20) für



Donald Trump und Benjamin Netanjahu am Dienstag in Washington

(Foto: Sarah Silbiger/Getty Images/AFP)

die Region beschlossen wurde. Grundlage waren damals das Sykes-Picot-Abkommen und die Balfour Erklärung, die – gegen den erklärten Willen der dort lebenden Bevölkerung – Syrien, Palästina und Mesopotamien aufteilen und unter ausländisches Mandat stellen. Der britische Zeitzeuge und Offizier Archibald Wavell kommentierte damals: »Nach dem Krieg, der den Krieg beenden sollte, haben sie in Paris einen Frieden geschlossen, der jeden Frieden erledigt.«

Israel soll, so der USA-Präsident, mit dem Plan die notwendigen Sicherheitsgarantien erhalten, die Palästinenser sollten hingegen »den Staat bekommen, nach dem sie sich sehnten«. Nach dem Völkerrecht steht den Palästinensern ein souveräner Staat zu. Ebenso garantieren UNO-Resolutionen das Recht der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat, aus der sie 1948 und 1967 vertrieben wurden, zurückzukehren. Israel hält seit 1967 palästinensische Gebiete und die syrischen Golanhöhen sowie Gebiete des Libanon besetzt und hat diese Gebiete annektiert oder will sie annektieren. Auch das ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht.

Der Plan...

Der nun vorgelegte »Jahrhundertplan« sieht vor, daß Israel sowohl die syrischen Golanhöhen, als auch das Jordantal dem israelischen Staatsgebiet einverleiben kann. Jerusalem wird komplett zur Hauptstadt Israels, den Palästinensern wird vor den östlichen Toren der Stadt ein Gebiet als Hauptstadt zugeteilt. Entlang der Grenze zu Ägypten sollen palästinensische Produktionsgebiete entstehen. 15 israelische Siedlungen im Westjordanland werden als »israelische Enklaven« von Is-

rael übernommen. Die Palästinenser sollen den israelischen Hafen Aschdod mitbenutzen können. Den Palästinensern werden keine Waffen zugestanden, die Sicherheit des palästinensischen Staatsgebildes obliegt Israel.

Ein derartiges palästinensisches Staatsgebilde wäre komplett von Israel eingeschlossen, der Gazastreifen soll mit dem palästinensischen Reststaat im Westjordanland durch einen Tunnel verbunden werden. Jordanien wäre über zwei palästinensische Transitstraßen durch israelisches Gebiet erreichbar. Anschaulich wird der Plan auf zwei von Trump vorlegten Karten dargestellt.

...gehört in den Mülleimer der Geschichte

Die Führung der palästinensischen Autonomieregierung in Ramallah wies den Plan zurück. Er werde »im Mülleimer der Geschichte landen«, sagte Mahmud Abbas, Präsident der Autonomieregierung. Er sei weiter für Verhandlungen mit Israel bereit, allerdings nur auf Basis der UNO-Resolutionen und nicht unter dem Vorsitz der USA. Die Hamas im Gazastreifen stellte sich demonstrativ hinter Abbas und kritisierte den Plan als »feindselig«.

Politische Beobachter gehen davon aus, daß der Plan sich nicht wirklich an die Palästinenser sondern eher an die arabischen Golfstaaten richtet. Die Ablehnung der Palästinenser war zuvor bekannt und bewußt provoziert. Mit der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels hatte Washington seine Position als Vermittler zugunsten deutlich einseitiger Parteinahme für Israel aufgegeben. Die PLO-Vertretung in Washington wurde geschlossen, der PLO-Vertreter ausgewiesen. Die USA stellten ihre Zahlungen an die UNO-Hilfsorganisation für die palästinensischen Flüchtlinge (UNRWA) ein. Und schließlich verhandelte der Architekt des Plans Jared Kushner, in den letzten drei Jahren nicht mit den Palästinensern, sondern mit dem saudischen Kronprinzen Mohammed Bin Salman und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Beide Staaten sind enge Verbündete der USA und begrüßten den vorgelegten Plan. Er sei eine gute Grundlage, um erneut Verhandlungen unter der Schirm-

herrschaft der USA aufzunehmen. Ägypten – finanziell und militärisch abhängig von Saudi Arabien und den USA – reagierte zurückhaltend auf den Plan.

Die EU teilte mit, die Vorschläge Trumps »prüfen und bewerten« zu wollen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow schlug vor, daß der in Washington vorgelegte Plan

von einer Vierer-Gruppe analysiert und bewertet werden solle. Zu dieser Gruppe sollten neben Rußland auch die USA, die EU und die UNO gehören. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu wurde am Mittwoch in Moskau zu Gesprächen mit Präsident Putin erwartet.

UNO-Generalsekretär António Guterres reagierte mit einer knappen Erklärung, in der er an die UNO-Position für eine Zwei-Staaten-Lösung erinnerte. Man werde in Zukunft sowohl Israel als auch die Palästinenser weiter dabei unterstützen, eine Lösung zu finden. Grundlage dafür seien die UNO-Resolutionen, das Völkerrecht und bilaterale Vereinbarungen. Beide Staaten sollten in Frieden und Sicherheit nebeneinander leben. Grundlage seien die Grenzen von vor 1967.

Die Ablehnung

Das Außenministerium der Türkei sprach von einer »Totgeburt«. In einer Mitteilung aus Ankara hieß es: »Es handelt sich um einen Annektierungsplan mit dem Ziel, die Zwei-Staaten-Lösung zu zerstören und die palästinensischen Ge-

biete zu erobern.« Der iranische Außenminister Mohammed Sarif sprach von einem »Alptraum für die Region und die Welt«. Die Außenminister Jordaniens und Katars lehnten den Plan ab. Jordanien hat wiederholt angedroht, den Friedensvertrag mit Israel aufzukündigen, sollte Israel das Jordantal, Jerusalem oder andere Teile der palästinensischen Gebiete annektieren.

Auch in Syrien, im Irak und im Libanon wurde der »Jahrhundertplan« aus Washington strikt abgelehnt. Man stehe weiter an der Seite der Palästinenser, die um ihre Rechte kämpften, hieß es in einer Erklärung des Außenministeriums in Damaskus. Die libanesischen Hisbollah verurteilte den »Plan der Schandek«, der libanesischen Präsident Michel Aoun und Parlamentssprecher Nabi Berri wiesen den Plan ebenfalls zurück. Die Rechte und Freiheiten Palästinas könnten nicht gekauft werden, so Berri. Hassan Diab, der neue Ministerpräsident des Zedernstaates erklärte per Twitter, Jerusalem (arabisch: Al Quds) bleibe die (politische) Bestimmung.

Karin Leukefeld

Kontrolle vom Mittelmeer bis an den Jordan

Staat Israel, Grenzen: Israel soll die Kontrolle aller Grenzen – Jordanien, Ägypten, Syrien, Libanon – behalten. In einem kleinen Stück der Negev-Wüste, entlang der Grenze zu Ägypten, sollen palästinensische Produktionszonen eingerichtet werden.

Jerusalem: Israel soll ganz Jerusalem als Hauptstadt bekommen.

Siedlungen: 15 isolierte Siedlungen werden zu israelischen Enklaven innerhalb des vorgeschlagenen palästinensischen Staates. Sie müssen für die israelischen Streitkräfte zugänglich sein. Israel übernimmt das Jordantal und alle israelischen Siedlungen im Westjordanland. Netanjahu will über die Annexion der Siedlungen und des Jordantals bereits am kommenden Wochenende in der Knesset abstimmen lassen.

Sicherheit: Israel kontrolliert die Sicherheit vom Jordan bis an das Mittelmeer. Die israelischen Streitkräfte bleiben im Westjordanland stationiert.

Staat Palästina: Ein palästinensischer Staat wird nur anerkannt, wenn die Palästinenser dem Plan innerhalb der nächsten vier Jahre zustimmen. Die Palästinenser sollen eine Hauptstadt östlich der israelischen Sperrmauer um Jerusalem in den Gebieten von Kafr Akab, Abu Dis und Shuafat bauen. Es liegt an Israel, ob es den Palästinensern spezielles Territorium – ca. 70 Prozent der von Israel markierten Gebiete A und B – und Transitstrecken zubilligt. Die palästinensische Autonomiebehörde wird keine bewaffneten Streitkräfte haben, keinen Flughafen, keinen Seehafen. Als Seeha-

fen soll der israelische Hafen Aschdod mitgenutzt werden. Es darf kein Geld an die Hamas oder an den Islamischen Dschihad oder deren Angehörige gezahlt werden, alle Palästinenser müssen ihre Waffen abgeben. Korruption muß bekämpft, Menschenrechte eingehalten, die Freiheit der Religion, Pressefreiheit eingehalten werden. Wenn das alles – entsprechend der Auffassungen der USA und Israels – nach vier

Jahren umgesetzt wird, erkennen die USA den palästinensischen Staat an und setzen einen Wirtschaftsplan im Wert von 50 Milliarden US-Dollar in Kraft.

Flüchtlinge: Das Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge und deren Nachfragen nach Israel gibt es nicht mehr. Nur eine begrenzte Zahl von Flüchtlingen darf in die palästinensischen Gebiete zurückkehren. (KL)



Palästinenserpräsident Mahmud Abbas sprach von einer »Ohrfeige des Jahrhunderts« (Foto: ABBAS MOMANI/AFP)